

A6 Eine unabhängige Ermittlungsstelle für Polizeidelikte – Institutionalisierten Rassismus bekämpfen

Antragsteller*in: Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Eine handlungsfähige unabhängige Polizei-Beschwerdestelle

In Baden-Württemberg gibt es seit 2016 die Stelle der Bürger*innenbeauftragten mit einer Zuständigkeit der Polizei. Diese soll primär eine Mediation zwischen Verwaltung und Bürger*innen ermöglichen. Es können also auch Beschwerden über Diskriminierung durch die Polizei eingereicht werden, jedoch dient eine Beschwerde bei der/dem Bürger*innenbeauftragten nicht, um diese Fälle effektiv zu verfolgen und aufzuarbeiten. Ein Recht auf Akteneinsicht und Ermittlungskompetenzen besteht bisher nicht. So darf die Beschwerdestelle in Baden-Württemberg nicht tätig werden, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft bereits ermitteln und auch laufende Untersuchungen müssen vorläufig beendet werden, sobald ein Straf- oder Disziplinarverfahren angestoßen wird. Dieser Zustand verhindert die Aufklärung struktureller Missstände und muss dringend reformiert werden.

Wir fordern eine handlungsfähige polizeiexterne Ermittlungsinstitution mit uneingeschränkter Akteneinsicht sowie weitreichenden Ermittlungskompetenzen, um Fälle von Diskriminierung endlich effektiv aufklären zu können. Eine mögliche Form könnten Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit der Spezialisierung auf Polizeidelikte sein. Der Auftrag einer Polizei-Beschwerdestelle muss sein, strafrechtliche Ermittlungen bei dem Verdacht auf Misshandlungen oder Todesfällen in Zusammenhang mit polizeilichen Maßnahmen durchzuführen, das bisherige Prinzip der bloßen Mediation reicht bei weitem nicht aus.

Diskriminierende Strukturen bekämpfen

Institutionalisierte Diskriminierung in der, sowie durch die Polizei ist Realität. Sie findet statt, wenn diskriminierende Differenzierung für einzelne Polizist*innen handlungsleitend wird, unabhängig von der Intention oder der persönlichen Einstellung. Beispiele hierfür sind unabhängige Personenkontrolle, die aufgrund von ethnisch-kulturellen Zuschreibungen durchgeführt werden.

Menschen mit Migrationsgeschichte werden dabei überdurchschnittlich häufig kontrolliert, weil sie „aus polizeilicher Erfahrung“ eher als kriminell verdächtig werden oder pauschal als Teil eines „typischen Clanmilieus“ beschrieben werden. Diese Praxis muss konsequent bekämpft werden. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen auch außerhalb von Großveranstaltungen ist hierfür essenziell. Polizist*innen müssen jederzeit identifizierbar sein, um Diskriminierung und Gewalterfahrungen melden und zur Anzeige bringen zu können.

Armutskriminalität wird von der Polizei häufiger erfasst als Formen der Kriminalität durch höhere Schichten und Klassen. Zusätzlich wenden sich Menschen mit geringer Beschwerdemacht, wie beispielsweise Obdachlose oder Menschen mit Kommunikationsschwierigkeiten nur selten an die Beschwerdestellen. Bildung, Klassenzugehörigkeit und ökonomische Ressourcen haben einen erheblichen Einfluss auf eine Einleitung oder eben keine Einleitung eines Beschwerdeverfahrens. Deshalb braucht es eine niedrighschwellige Öffentlichkeitsarbeit einer Polizei-Beschwerdestelle in Baden-Württemberg, die gezielt auch Menschen mit geringer Entscheidungsmacht erreicht. Ihre Hürden müssen stets mitgedacht und der Zugang zu Beschwerdestellen so einfach wie möglich gestaltet werden.

Innerhalb der Polizei müssen antirassistische Strukturen etabliert werden, dazu gehören verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen, die zur Aufklärung und dem Abbau diskriminierender Strukturen führen. Diskriminierendes Verhalten muss konsequent verfolgt und unterbunden werden.

Darüber hinaus braucht es eine standardisierte Erfassung rassistischer Verdachtsfälle durch Polizeibeschäftigte in Baden-Württemberg, um diskriminierende Strukturen sichtbar zu machen und gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung entwickeln zu können.

Zudem müssen gesetzliche Grundlagen und Dienstvorschriften, die rassistisches Handeln der Polizei ermöglichen und fördern, wie die verdachtsunabhängige Kontrollnorm oder die Residenzpflicht evaluiert und abgeschafft werden.

Unterstützer*innen

Richard Langer, Finn Schwarz, Antonia Kind , Miriam Kovacevic